



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Briefe vom ungarischen Reichstage. IV.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Briefe vom ungarischen Reichstage*).

IV.

Die Adressdebatte. — Statthaltereirath Somfich. — Kossuth und Graf Ezechényi. — Worin Beide einig sind. — Kossuth's Rede. — Erwähnung der böhmischen Angelegenheiten.

Der Kampf hätte also in allem Ernste begonnen. Die Parteien haben sich gemessen. Die Richtung, die der Reichstag nehmen wird, wäre nun gewissermaßen entschieden und es hängt jetzt von der Magnatentafel ab, ob die Charte eine Wahrheit werden, ob unsere Constitution keine bloße Illusion bleiben solle, ob die Reformbestrebungen dem gewünschten Ziele zugeführt werden. Die Adressdebatte hat sich diese ganze Woche hindurchgezogen. Ihre Bedeutung wurde von allen Seiten anerkannt, es war Allen gleich klar, daß es sich um Leben und Tod handle. Die Opposition hat gestimmt, Kossuth's Adressmotion wurde angenommen und unser geliebter König wird den warmen Dank der Nation empfangen, er wird aber zugleich ihre ungeheuchelte Stimmung gegen die Regierung, ihre Meinung vom jetzigen Regierungssysteme vollkommen genau kennen lernen. Die conservative Partei trat zuerst in die Schranken, ihr mouton porte-clochette Statthaltereirath Somfich (Schomshitsch) hatte auf den ersten Platz pränumerirt. Er war eine Woche früher pränumerirt, da er wahrscheinlich dachte *qui prior tempore potior jure* und ein anderes Recht spricht ohnehin kaum für seine Sache. Nachdem er der Regierung einen Panegyrikus gehalten hatte und den Conservativen eine Lobrede, nachdem er über die königl. Propositionen, eigentlich über die denselben beigefügten Gesetzworschläge, ganz freudetrunken gewesen war, stellte er seinen Antrag dahin, daß man dem Könige für seine allergnädigste Sanctionirung unserer Nationalität, für die Palatinatbestätigung des Erzherzogs und für die königlichen Propositionen den Dank der Nation ausspreche (und zugleich der Regierung für ihre offenbaren in den Gesetzworschlägen niedergelegten Reformabsichten), und endlich soll Se. Maj. um Abstellung der schon am letzten Landtage unterbreiteten Beschwerden unterthänigst ersucht werden. Dies war der Inhalt seiner ziemlich langen Rede und ich darf es ohne alle Parteilichkeit aussprechen, daß sie kein Meisterstück war, wie überhaupt die Regierungspartei,

*) Der Redacteur der Presburger Zeitung macht in seinem Blatte darauf aufmerksam, daß die deutsche Presse mit Unrecht das ungarische Parlament „Landtag“ nenne, indem Reichstag der gesetzliche Ausdruck sei.

wenn sie keine andere Hülfquellen hätte, durch ihr Talent allein der Opposition nicht viel zu schaffen gäbe. Unmittelbar nach Somfich sprach Kossuth, Führer gegen Führer. Es war die alte Geschichte von David und Goliath.

Auch Kossuth will den heißen Dank, die aufrichtigste Huldigung dem Könige dargebracht wissen, auch er wünscht würdigende Anerkennung für die beste Absicht des Monarchen in der Adresse ausgesprochen zu sehen und doch ist der Geist seiner Adresse dem der Conservativen ganz entgegengesetzt. Er will nämlich die Gesinnung der Nation nicht verleugnen, unser geliebter König soll es erfahren, daß unsere Constitution, wie sie gehandhabt wird, eine Chimäre ist, da die Tendenz der jetzigen Regierung eine absolute und nicht im mindesten constitutionell ist. Der X. Gesetz-Art. v. 1790, welcher die Unabhängigkeit des ungarischen Gouvernements vom österreichischen garantirt, wurde thatsächlich unberücksichtigt gelassen. Die Gewaltstreichs der Regierung seit dem letzten Landtage sprachen laut genug, sie müssen daher vor dem Throne angeklagt werden. Endlich solle Se. Maj. gebeten werden, den Vertretern der Nation die schwere Aufgabe der so dringlichen Reformen zu erleichtern durch Gestattung eines jährlichen Reichstages und durch Verlegung desselben nach der Hauptstadt. — Zwischen den beiden Anträgen herrscht natürlich ein himmelhoher Unterschied. Denn wird im ersten Antrage die Adresse zu einer reinen Dankadresse, zu einer Canonisirung der Uebergriffe der Bureaucratie (die schon eingeklagten Beschwerden vom vergangenen Landtage fallen nicht mehr unserer jetzigen Regierung, dem Kanzler Apponyi zur Last, abgesehen davon, daß die Verhandlung der ältern Beschwerden die neuern verdrängen und überhaupt die Reformfragen verzögern würde) so spricht sich im zweiten Antrage die Richtung aus, in welcher die Nation fortschreiten wolle. Es handelt sich um den constitutionellen Fortschritt und nicht um die Concessionen der Regierung. Es handelt sich um die Bürgschaft der Verantwortlichkeit. Es sollen die bisherigen Beschwerden nicht bloß abgestellt werden, es muß auch ein Damm für deren Wiederkehr gesetzt werden. Es muß Einflang gebracht werden zwischen Gesetzgebung und Verwaltung. Die Gesetze müssen auch vollzogen werden und nicht bloß gebracht. Unsere Constitution soll nicht bloß alle drei Jahre bemerkbar sein, sondern immer. — Um diese beiden Hauptkämpfer scharten sich die andern und sprachen dafür und dawider. Graf Széchenyi beobachtete ein eigenthümliches Verfahren. Zuerst sprach er mehr für Kossuth und hob den Werth eines jährlichen Landtags hervor. Doch war dies nicht ganz deutlich. Er entschuldigte die Regierung mit den außerungarischen Verhältnissen. Der Teufel, sagte er, ist nicht so schwarz, der Engel nicht so weiß, als wofür man sie hält, vielmehr ist jener höchstens brünett, dieser blond. Er scheint es sich überhaupt zur Aufgabe gemacht zu haben, der Humorist des Reichstages zu werden. Als sich aber im Laufe der Discussion ergab, daß man meinte, der Graf habe für Kossuth's Antrag gesprochen, nahm er zum zweiten Male das Wort und stellte selbst einen dritten Antrag, durch welchen der von Somfich aufgehoben und von diesem endlich selbst

aufgegeben wurde. Der Graf wollte die beiden Parteien vereinigen und gab einer Jeden Etwas. Die Folge dieses Antrages war, daß die Dpposition einige Stimmen weniger zählte, aber die Mehrheit konnte ihr auch Graf Széchényi nicht streitig machen. So oft Széchényi gesprochen, eben so oft hat er sich darüber beklagt, daß man ihn nicht verstände und er halte es für seine Schuldigkeit, sich zu erklären. Nun glaube ich aber, daß ein Mensch, der sich in so vielen Schriften und Reden noch immer nicht deutlich genug erklären kann, entweder wirklich unverständlich ist oder sich selbst nicht versteht. Das ist eine Halbheit des edlen Grafen. Die Nation will und kann nur Gutes von ihm voraussetzen, dafür bürgt seine Laufbahn; aber sein jetziges Verfahren kann nicht ansprechen und daher die wenige Sympathie, welche der Graf besitzt. Széchényi meint es gewiß in seiner Art redlich. Er traut der Regierung, er verbürgt sich mit seinem Ehrenworte für deren redliche Absichten und darum kommt er ganz außer sich über den Unverstand der Dpposition, daß sie nicht traut, während Er sich verbürgt. Das was wir Eigenmächtigkeiten nennen, das genirt den Grafen nicht, das heißt er die Philosophie des österreichischen Staatenverbandes und die bureaukratischen Tendenzen sind ein Corollarium, das wir uns gefallen lassen müssen. Jetzt sieht Széchényi die Dpposition in der Mehrheit und will daher ein Centrum bilden, ein Juste milieu, nach ihm muß man die Regierung deshalb unterstützen, weil sie in ultima analysi und den Appendix des Staatenverbandes ungerechnet nur das Beste des Landes wolle. —

Nun kämpften die beiden Motionen von Kossuth und Széchényi miteinander, und die Abstimmung zeigte, daß die Dpposition selbst gegen das Juste milieu in der Majorität sei. Dies wäre nun die kurze Skizze dieser heißen Woche. Von Seiten der Conservativen macht sich noch ein Consiliar Babarczy, der Abgeordnete von Esograd breit. Er spricht ganz von oben herab, wurde aber von Szentkirályi, unstreitig dem scharfsinnigsten und geistreichsten Kopfe der diesmaligen Ständetafel, ganz klein gehackt und wird in Zukunft weniger hoch intoniren. Es thut mir leid, daß ich Ihnen die Rede jenes Abgeordneten nicht ganz mittheilen kann, es thut mir deshalb darum leid, weil ich dadurch auf das Vergnügen Verzicht leisten muß, Ihnen Szentkirályi's meisterhafte Erwiderung herschreiben zu können. Aber ich muß Ihnen einige Stellen aus Kossuth's Rede und aus der Rede des Abgeordneten vom Komor-Comitate mittheilen, weil diese für Ihre Leser von größerem Interesse sein dürften, da sie die ausländische und zum Theile die österreichische (nicht ungarische) Politik betreffen. Die Censur streicht hier Alles (selbst den ungarischen Blättern, die sonst mehr Freiheit hatten) was gegen die österreichischen Maximen ist. Ich führe Ihnen diesen Umstand an, damit Sie verstehen, was es heißen soll, wenn die Allgemeine Zeitung sich berichten läßt: Statthaltereirath erklärte sich wider die Censur vom Standpunkte der Regierung aus. Die Regierung censurirte die Blätter, welche die Adreßdebatte behandelten, selber, und selbst der „Budapesti Hiradó“ hat seine Jungfräulichkeit verloren, Samson ist um sein Haar gekommen.

Indem ich Ihnen also noch erwähne, daß von oppositioneller Seite außer den Genannten der Abgeordnete v. Gömor: Szentinányi, v. Nyitra: Tarnóerny, v. Mármaros: Asztalos und von den Conservativen der Abgeordnete von Raab zu nennen wären, theile ich Ihnen kleine Auszüge aus den Reden Kossuth's und Pázmándy's mit.

„... Ich halte es für meine Pflicht, mich in eine kleine Skizze des Zustandes unseres Landes einzulassen.

„Hier nimmt die Sicherheit unserer zukünftigen Existenz vor Allem meine Aufmerksamkeit in Anspruch, und ich muß leider des unleugbaren Factums erwähnen, daß die ungarische Regierung auf die Politik jener Regierung, welche die gemeinschaftlichen Verhältnisse unseres Vaterlandes und der demselben huldigenden Monarchie leitet, nicht den wirksamen Einfluß hat, den sie unserer vertragsmäßig gesicherten Unabhängigkeit zufolge haben müßte. Daher kommt es auch, daß diese Politik gar oft nicht im Einklange mit den Interessen unseres Landes ist. Dem da unsere constitutionellen (von unserer Regierung zu vertretenden) Interessen nicht genug Gewicht besitzen bei Ordnung der gemeinschaftlichen Staatsverhältnisse der Monarchie, so kann auch dieselbe leitende Politik die Bereitwilligkeit der ungarischen Nation gegen das regierende Haus nicht genug würdigen, und sucht die Stütze ihrer verkehrten Richtung lieber in Folgeleistung fremder Einflüsterungen. —

„Das Verhältniß aber, in welchem wir zu den Provinzen der Monarchie stehen, interessirt unser Vaterland ganz nahe und aufs Wesentlichste. Auch wird Niemand selbes so sehr achten, als eben ich. Und zwar nicht blos, weil es durch die Identität unseres Fürsten im II. Gesetz-Art. v. 1723 sanctionirt ist, sondern auch darum, weil ich in diesem Bundesverhältniß sowohl die Sicherheit unseres Vaterlandes als auch des regierenden Hauses sehe. Aber über dieser Achtung, über dieser Anhänglichkeit darf ich jene Selbstständigkeit nicht außer Acht lassen, jene Rechte nicht, welche der X G. A. 1790 bei diesem Verhältnisse durch das geheiligte Wort des Königs meinem Vaterlande zusicherte. Dieses Verhältniß ist das Verhältniß des Einen Monarchen, aber nicht jenes der aufgeopferten Selbstständigkeit, nicht der gegenseitigen Unterordnung, sondern das liebe Verhältniß der Freundschaft und der Verbrüderung. Und doch sind wir dahin gekommen, daß Viele eben in diesem Verhältniß die Verhinderung der rechtmäßigen Ansprüche unseres Vaterlandes suchen, da wir es erfahren, daß wenn bei Collisionen von Interessen die unsern denen der Monarchie untergeordnet werden, man unsere Bitten um Genugthuung dahin beantwortet, daß deren Erfüllung aus Rücksicht auf die österreichischen Provinzen nicht möglich sei. Ich leugne aber die Gründlichkeit dieser Behauptung glattweg, und behaupte, man erweist dem regierenden Hause einen schlechten Dienst, wenn man der Meinung Eingang zu schaffen sucht, als ständen unsere rechtmäßigen Interessen mit jenen Oesterreich's nothwendig im Widerspruche. Ich leugne das, und wiederhole hier meiner innigsten Ueber-

zeugung zufolge was die Ständetafel von 1844 behauptete, daß nämlich die vollkommene Entwicklung des ungarischen constitutionellen Lebens bei unserem Verhältnisse zu den Erbstaaten durchaus möglich ist. Ich behaupte ferner, daß wenn auch in dieser Beziehung Schwierigkeiten obwalten, wenn unsere gegenseitigen Interessen hier und da in Conflict zu sein scheinen, doch diese Schwierigkeiten, diese Conflicte nicht aus der Natur unserer Verbindung mit den österreichischen Provinzen, sondern aus der divergenten Richtung des Regierungssystems entspringen, jenes Regierungssystems, welches, nachdem die geschichtliche Gestaltung unserer Begegnung mit den Nachbarländern verändert wurde, mit unserer Constitutionalität in widersprechende Richtung kam, und durch diese Divergenz sogar unsere Interessengleichheit in Conflicte verwandelte. Es ist den Ständen bekannt, daß das glorreich regierende österreichische Haus einst in allen seinen Verhältnissen constitutionelle Formen umgaben. Das Kaiserthum des deutschen Reichs war eine verfassungsmäßig beschränkte Macht und unter den die jetzige Monarchie bildenden Provinzen ist auch nicht Eine, die keine Constitution gehabt hätte. Diese wesentliche Harmonie der Hauptmacht trug in sich selbst die Bürgschaft, daß die Regierung des Gesamtstaates weder ihrer Natur nach, noch ihren Elementen nach in divergente Richtung mit dem ungarischen Constitutionalismus kommen werde. Es ist unzweifelhaft, daß wenn dieses Verhältniß unverändert so geblieben wäre, wir gar manches bittere Andenken der Vergangenheit nicht in unserer Geschichte finden, manches Uebel der Gegenwart nicht kennen würden, und daß manches Bedenken der Zukunft wegfiel. Im Laufe der Zeiten indeß wurde dies Verhältniß verändert.

Die Geschichte, die geschichtliche Constitutionalität der österreichischen Provinzen wurde der Einheit des Regierungsmechanismus — was fälschlich Staatseinheit genannt wurde — aufgeopfert, und dieser einheitliche Mechanismus der Regierung entwickelte sich auf den Grundprincipien der Unbeschränktheit der Hauptgewalt. Erst in neuester Zeit sehen wir in unsern verbündeten Nachbarn den friedlichen und loyalen, aber männlichen und energischen Wunsch nach Wiedererlangung der verlorenen Constitutionalität erwachen, und sie finden eben ihrer männlichen Loyalität wegen Sympathie beim ganzen civilisirten Europa und natürlich auch bei der benachbarten ungarischen Nation, welche ihr constitutionelles Leben um so höher schätzt, je mehr Sorgfalt es sie gekostet, dasselbe Jahrhunderte hindurch der volksthümlichen Entwicklung zu erhalten. Daß auf diese Weise Interessenconflicte entstehen mußten, ist eben so natürlich, als es schmerzlich ist — doch folgten diese Conflicte nicht aus der Natur unseres Verhältnisses, vielmehr bin ich überzeugt, daß wenn diese Veränderung nicht hinzugesetreten und in Folge deren die Entwicklung des einen verbündeten Theiles nicht in eine erkünstelte Richtung gezwungen, der andere aber in seiner natürlichen Entfaltung nicht aufgehalten wäre, weder ein Interessenzusammenstoß, noch Gespanntheit zwischen den Einem Fürsten huldigenden Völkern stattgefunden hätte, vielmehr würden die einzelnen

Theile der Monarchie eine größere Interessengleichheit und mehr Vertrauen zusammenhalten. Bei Bewahrung unserer besondern Nationalitäten würden wir uns Alle einander auf dem verbrüdernden Grunde des constitutionellen Gefühls in der Freundschaft der Civilisation und des gemeinschaftlichen Wohles entgegenkommend, der gemeinschaftlichen Beruhigung erfreuen, daß die Verwandtschaft, ja Identität unserer Interessen die unerschütterliche Grundlage zur wachsenden Kraft und Glorie des Thrones bildet. Ich bin dies zu glauben um so mehr berechtigt, als mein Volk von jeher das Gefühl befeelte, welches ich, und ich glaube auch die löblichen Stände noch gegenwärtig als das unsrige anerkennen, daß wir nämlich unsrerseits stets bereit sind zur Ausgleichung unserer Sonderinteressen freundschaftliche Hand zu bieten, wenn wir nur der Erhaltung unserer nationalen Selbstständigkeit und Verfassung versichert sind. Allein diese aufzuopfern, das wäre ein Preis, welcher weder von den Völkern der Monarchie gestellt wird, noch aus der Natur unseres Verbandes hervorgeht, sondern nur aus der divergirenden Tendenz jenes Regierungssystems fließt.“ (Anhaltender Beifall.)

Der Abgeordnete vom Komorn-Comitat, Pázmándy, spricht sich über die österreichische Regierung unter andern folgendermaßen aus:

„Die österreichische Regierung hat gar wenig für eine achtunggebietende Stellung der Völker der Monarchie gethan . . .

So zahlen die österreichischen Schiffe in den fremden Häfen einen höhern Zoll, als die Schiffe anderer Nationen. In den letzten Jahren wurde von Seite der französischen Regierung mit einem ungarischen Kaufmanne die Lieferung eines gewissen Quantums Tabak contrahirt, und dieser war gezwungen zum Transporte derselben französische Schiffe zu miethen, weil der hohe Zoll der österreichischen Schiffe ihm Verlust bei dem Geschäfte zugezogen hätte. Die französischen Schiffe mußten leer in den Hafen von Fiume einlaufen, und da die französischen Schiffer die Bedingungen der österreichischen kannten, stellten sie einen so hohen Transportpreis, daß jener Kaufmann nur so wenig Gewinn hatte, daß er das Geschäft nicht zum zweiten Male eingehen konnte. Wir kennen die Verbindungen, welche Frankreich seit 1830 mit den andern Staaten Europa's eingegangen war. Warum benützte Oesterreich nicht jene günstigen Conjunctionen zur Wahrung und Hebung seiner Interessen?

Mit den Donaumündungen ist es uns auch nicht besser gegangen. Dieser Schlüssel des Flusses, welcher die Hauptader des österreichischen Verkehrs bildet, ist in russischen Händen. So beraubte uns der Russe alles Einflusses auf die untern Donauländer und wir schweigen. Unsere Politik begnügt sich damit, dieser Macht im Geheim allerlei Schwierigkeiten zu verschaffen, öffentlich aber machen wir Complimente. Die Regierung läßt sich als Mittel gebrauchen, weil sie in Rußland eine Stütze ihrer absoluten Tendenzen sieht.

Meiner Ansicht nach besteht die Staatsweisheit nicht darin, daß man, nach-

dem wir Millionen für Don Miguel und Don Carlos ausgegeben, nach verlornener Schlacht keinen Gesandten mehr nach Madrid schickt. Wenn wir durch diese Ersparniß jene Millionen wieder einbringen wollen, werden wir lange keinen Gesandten in Madrid haben. Wie wichtig es aber für uns wäre auch ein Wörtchen darein zu sprechen, davon zeigt Frankreichs und Englands Wettseifer in den spanischen Angelegenheiten.

Zu Deutschland haben wir unsere Suprematie längst verloren, die Sympathien Deutschlands sind Preußen zugewendet, das dem Zeitgeiste die unablässigsten Concessionen gemacht.

Eben so wenig erkenne ich socratische Weisheit darin, wenn wir in der Schweiz die Jesuiten unterstützen und den Sonderbund unnöthigerweise erimuthigen. Die Grenzen eines Bürgerkrieges in der Schweiz kann man in Wien nicht berechnen, und Louis Philipps Unterstützung in dieser Beziehung kann uns nicht genügen, da er heute oder morgen von diesem irdischen Leben abgerufen werden kann, die französische Nation aber gewiß kein Gelüste tragen wird, in dieser Weise fortzufahren. Und das benachbarte Italien, erfordert das keinerlei Rücksicht in dieser Hinsicht?

Böhmen betreffend, ist es auch eine verkehrte Politik, die wir verfolgen. Wir müssen gerecht sein, dieses Volk hat den Frieden unsers Vaterlandes mit garantirt. In seinem Schmerze über die absoluten Tendenzen der Regierung war unser geliebter Stephan des Landes Trost, und die Hoffnung, daß sich die Verhältnisse zum Bessern gestalten würden. Kaum verließ sie dieser, als die Regierung in Bezug auf die Steuerbewilligung einen Eingriff in die ständischen Rechte machte. Das ist wider alle Politik, es ist aber auch nicht consequent. Ersteres, weil man ihnen dieses Recht der Steuerbewilligung garantirt und letzteres, weil man durch das Verfahren der letzten Jahre dieses Recht auch anerkannt hat . . .“

Es sind noch heftigere Stellen in dieser Rede vorgekommen, ich begnüge mich jedoch, nur solche zu citiren, die auf das Verhältniß des Reichstags zu der Gesamttmonarchie Bezug haben.